

Calmer Tagblatt

Nr. 186.

Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Calw.

95. Jahrgang.

Erscheinungsweise: 6 mal wöchentl. Anzeigenpreis: Die kleinste Spalte 60 Pf. Restanten 2.— M. — Auf Sammelanzeigen kommt ein Zuschlag von 100%. — Preisverh. D.

Donnerstag, den 12. August 1920.

Bezugspreis: In der Stadt mit Zustellung M. 12.00 vierteljährlich, Postbezugspreis M. 12.00 mit Zustellung. — Schluss der Anzeigenannahme 8 Uhr vormittags.

Nach der Konferenz von Hythe.

Mit großen Tönen wurde die Konferenz von Hythe eingeleitet. Zuerst wurde beteuert, wie vollständig die Einigkeit und Uebereinstimmung zwischen den 3 Hauptbeteiligten sei und dann kamen doch die gewaltigen Unterschiede in den Ansichten der Friedensmacher zum Vorschein. Soviel ist sicher, daß die Verbandsmächte die Aufmunterung Polens zum Angriff gegen Rußland schon bitter bereut haben und ein Einlenken des widerborstigen Englands mit der größten Sehnucht herbeiwünschen. Italien und auch andere Freundschaftsstaaten wie Rumänien, Ungarn, Serbien usw. haben erklärt, daß sie an keiner militärischen Maßregel gegen das bolschewistische Rußland sich beteiligen werden. Die verschlingende Politik des jetzigen Ministerpräsidenten Giolitti, der bekanntlich 1915 gegen die Beteiligung Italiens am Weltkrieg war, wird in der russischen Frage durch die große Mehrheit der Kammer gestützt. Es blieb also hauptsächlich England und Frankreich vorbehalten, die schwierige Frage des polnisch-russischen Kriegs allein zu behandeln und auf irgend eine Weise zu beendigen. In England führt man, daß man mit der Bekämpfung des russischen Bolschewismus in eine Sackgasse geraten sei und daher rühren die krassesten Anstrengungen her, die Lloyd George, der von der öffentlichen Meinung stark geschoben wird, auf der Konferenz von Hythe zur Erlangung eines Einverständnisses mit den russischen Machthabern gemacht hat. Es ist ein offenes Geheimnis, daß sich die Bewohner von England und Frankreich aufschärften gegen einen neuen Weltkrieg ausfechten und daß Polen nur dadurch vor dem Untergang gerettet werden kann, wenn die Ententeländer selbst mit Rußland Frieden schließen. Die russischen Machthaber sind geriebene Diplomaten und nützen die europäische Lage aufs klügste aus. Trotz aller gegenseitigen Versicherungen wird England eines Tages die Sowjetregierung anerkennen und mit ihr zu einer Verständigung über Polen, Armenien, Mesopotamien, Persien, Indien usw. zu gelangen suchen. Die Konferenz von Hythe ist nun geschlossen; Millerand und Lloyd George sind aber übereingekommen, über das Ergebnis der Besprechungen nicht eher eine Mitteilung an die Öffentlichkeit gelangen zu lassen, bis Lloyd George im englischen Parlament darüber Bericht erstattet und die Genehmigung des Parlaments für die geplanten Maßnahmen erlangt hat.

Lloyd George hat nun im Unterhaus die erwarteten Erklärungen abgegeben.

Der Premierminister erklärte, daß der Angriff Polens auf Rußland ein Unrecht gewesen und trotz der Warnungen Frankreichs (?) und Englands erfolgt sei. Die Räteregierung sei berechtigt, bei der Abfassung ihrer Bedingungen Garantien gegen die Wiederverkehr eines solchen Angriffes zu verlangen. Die Fehler der polnischen Regierung rechtfertigten aber nicht das Verschwinden Polens. Den Delegierten Krasin und Kamenev sei eine Waffenruhe vorgeschlagen worden, die aber abgelehnt wurde, aus der Befürchtung heraus, daß Polen im Verein mit den Alliierten die Zeit benützen würde, seine Streitkräfte umzugruppieren. In Hythe sei man bald einig darüber geworden, daß die einzige Lösung des schwierigen Konflikts in einem Frieden bestehe, der die polnische Unabhängigkeit respektiere. Wenn Polen die Bedingungen Rußlands annehmen wollte, so würden die Alliierten nicht intervenieren. Für den Fall aber, daß die bolschewistischen Forderungen mit der Existenz Polens unvereinbar sein sollten, d. h. mit ihrer Eigenschaft als freie Nation, und Polen genötigt sein würde, für seine Unabhängigkeit weiter zu kämpfen, so würden die Alliierten „nicht gleichgültig“ bleiben. Alliierte Truppen würden nicht entsendet werden, denn wenn die militärischen Hilfsquellen Polens gut organisiert seien, so genügt es, um die Grenzen zu schützen. Es würde aber eine Blockade ins Auge gefaßt, entweder durch die Marine oder auf Grund eines internationalen Abkommens. Weiter würden den Polen beträchtliche Mengen Munition zugeführt werden. Ferner würde an Amerika appelliert werden, denn niemand habe einen größeren Anteil an dem Zusammenschweißen der polnischen Nation als Präsident Wilson.

Lloyd George wandte sich dann den Vertretern der Arbeiterpartei zu, denen er erklärte, die britische Regierung habe schon drei revolutionäre russische Regierungen anerkannt. Wenn sie mit der gegenwärtigen Räteregierung die Beziehungen abgebrochen habe, so sei das geschehen, weil sie den Allianzvertrag nicht gehalten und den Kampf gegen Deutschland bis zum Siege nicht mitgemacht habe. Wenn die Russen Frieden schließen wollten, so sei England geneigt, auch mit ihnen in Beziehungen zu treten.

Die Debatte wurde sofort eröffnet. Die Vertreter der Arbeiterpartei legten den Standpunkt der Arbeiterschaft dar. Lloyd George erklärte, daß er inzwischen Kenntnis von den Bedingungen der Russen erhalten habe. Diese lauten:

1. Herabsetzung der polnischen Armee auf 60 000 Mann;
2. Auslieferung sämtlicher Waffen an Rußland;
3. Polen wird unterstellt, Kriegsmaterial und Truppen aus dem Ausland zu empfangen;
4. Rußland hat Zutritt zu den Häfen des baltischen Meeres durch polnisches Gebiet hindurch;
5. Rußland anerkennt die polnischen Grenzen, wie sie im Versailler Vertrag festgesetzt sind.

Nachdem Lloyd George die Bedingungen verlesen hatte, zogen sich die Parteien zur Beratung zurück.

Nach der Erklärung von Lloyd George über die polnische Frage bedauerte Asquith, daß der Völkerbund nichts getan habe, um den polnischen Angriff zu verhindern und daß der Oberste Rat nicht eingegriffen habe. Clynes erklärte namens der Arbeiterpartei, diese werde ihre Haltung revidieren wenn es sich zeigen sollte, daß Polens Unabhängigkeit bedroht werde. Auch die Arbeiterpartei erkenne die Notwendigkeit der polnischen Unabhängigkeit für den Weltfrieden an. Lord Robert Cecil sprach seine Befriedigung darüber aus, daß England unter keinen Umständen zu Kriegsmassnahmen übergehen werde, falls es sich nicht um die Verteidigung der Unabhängigkeit Polens handle.

Amsterdam, 11. Aug. Bevor sich Lloyd George zum Parlament begab, empfing er eine Anzahl Delegationen von Arbeiterführern. Die Abordnungen machten Lloyd George von der vorgestern abend angenommenen gegen einen Krieg mit Rußland gerichteten Protestentscheidung Mitteilung, in der mit einem Generalstreik als äußerstem Mittel gedroht wird. Lloyd George ersuchte die Deputationen, seine Erklärung im Parlament abzuwarten. Er sagte, der Vertrag von Versailles, durch den die Unabhängigkeit Polens geschaffen worden sei, müsse um jeden Preis aufrecht erhalten werden. Inzwischen dauern die Kundgebungen der englischen Gewerkschaften gegen einen neuen Krieg an. Der Dockarbeiterbund sandte an Lloyd George einen Protest gegen einen Krieg mit Sowjetrußland mit der Begründung, daß Polen den Angriff begonnen habe.

Amsterdam, 11. Aug. Im Unterhaus fragte Ventillet, wie sich Amerika zu der Frage der Ausübung eines wirtschaftlichen Druckes auf Rußland stelle. Lloyd George entgegnete, es werde ein Apell an Amerika gerichtet werden, das an der Schaffung des polnischen Staates mit beteiligt gewesen sei. Bisher sei keine materielle Hilfe an das Heer des Generals Wrangel auf der Krim geleistet worden.

Die Konferenz von Hythe ist geschlossen.

London, 10. Aug. Lloyd George und Millerand haben Folkestone gestern um 5 Uhr verlassen. Lloyd George weigerte sich, sich über die Verhandlungen zu äußern, bevor er dem Parlament eine Erklärung abgegeben hat. Die Nachmittagsführung wurde um 3 Uhr wieder aufgenommen. Sie dauerte jedoch nur eine halbe Stunde, da über die der polnischen Frage gegenüber einzunehmende Haltung zwischen den Alliierten völlige Uebereinstimmung erzielt wurde. Engländerseits muß diese Haltung noch vom Parlament bewilligt werden. Am Mittwoch soll bestimmt eine Konferenz zwischen Russen und Polen stattfinden. Sofern die Russen während dieser Konferenz zu Zugeständnissen bereit seien, würde dies die Lage wesentlich ändern.

Pressbestimmen.

Paris, 10. Aug. Die Pariser Morgenpresse faßt das Ergebnis der Konferenz in Hythe dahin zusammen, daß man nicht kriegerisch in Polen eingreifen und die Blockade nur anwenden werde, wenn der Frieden, über den in Minsk verhandelt werden soll, nicht zustande komme, daß aber Frankreich und England Polen weiter helfen wollten. Der „Matin“ sagt, die Blockade von Sowjetrußland sei ins Auge gefaßt worden. Aber würde sie möglich sein, wenn die Bolschewisten die Eisenbahn Danzig-Warschau besetzten, der Verkehr nach der deutschen Seite zu aber frei sei? Müßte man die Mitarbeit Deutschlands verlangen?

Vorschläge der Alliierten.

(W.B.) Amsterdam, 10. Aug. „Daily News“ erzählt, daß gewisse Vorschläge der Alliierten in Zusammenhang mit der Konferenz in Hythe an die Sowjetregierung gesandt worden sind. Nach dem Blatt lauten diese in der Hauptsache wie folgt: Die Friedensbedingungen Rußlands müssen sofort vollständig veröffentlicht werden. Die Konferenz hat die grundlegen-

den Fragen, von denen der Abschluß des Waffenstillstands abhängt, zu besprechen und es muß nach Kräften danach gestrebt werden, innerhalb 24 Stunden ein Uebereinkommen zu erreichen, das sofort die Einstellung der Feindseligkeiten ermöglicht. Der genaue Wortlaut der Besprechungen in Minsk muß veröffentlicht werden.

Amerikas Stellung.

Paris, 10. Aug. Havas meldet aus Washington: Die Presse veröffentlicht einen Bericht des Staatsdepartements bezüglich des russisch-polnischen Konfliktes. Diese Erklärung stellt fest, daß die jetzige Armee Rußlands bolschewistisch ist, denn an der Spitze der russischen Regierung steht Lenin. In Wirklichkeit ist sie eine russische Armee. Ihr Generalkommandant ist Brusilow, der schon unter dem zaristischen Regime eine Rolle spielte. In seiner Umgebung befinden sich andere Generale des Reiches wie Polivanow und Kuropatkin. Die Russen hegen keine Eroberungsabsichten und man kann erwarten, daß sie die Souveränität Polens nicht antasteten wollen. Die amerikanische Politik wünscht das Gebiet Rußlands zu schützen, bis das russische Volk seine inneren Angelegenheiten geordnet hat. Sie hofft, daß dadurch die Wiederherstellung des Friedens und der Ordnung in Rußland beschleunigt wird.

Kopenhagen, 11. Aug. Funkpruch. Nach Blättermeldungen aus Washington wird sich Amerika allen Maßnahmen widersetzen, die auf einen offenen Krieg der Alliierten gegen Rußland hinauslaufen. Man hält es hier für möglich, daß der Präsident für eine Wiederaufnahme der interalliierten Blockade und die Gewährung wirtschaftlicher Hilfe an Polen eintreten werde, glaubt aber nicht an den Erfolg einer solchen Blockade, da die Blockade tatsächlich seit geraumer Zeit in Kraft ist, ohne daß die Haltung der Sowjetregierung dadurch im mindesten beeinflusst wurde.

Zur Lage in Polen.

Polens Verzweiflungskampf.

Berlin, 10. Aug. Der „Berl. Lokalan.“ verzeichnet Pressestimmen, nach denen Polen zunächst zum Endkampf entschlossen sei. Gleichzeitig weist dasselbe Blatt darauf hin, daß von polnischer Seite in letzter Zeit auf allen erdenklichen Schlechtere versucht werde, in Deutschland Waffen, Munition und Heeresgut aufzulaufen. Das „Berl. Tagebl.“ will berichten können, daß in den Beziehungen der Alliierten zu Rußland auf Grund der neuesten Mitteilungen der Moskauer Regierung durch Vermittlung ihres Londoner Vertreters eine Entspannung eingetreten sei. Das Verdienst dieser Verbesserung komme vor allem den Vorschlägen Lloyd Georges zu, die Verhandlungen fortzusetzen, um einen neuen europäischen Krieg zu verhindern.

Amsterdam, 10. Aug. Der „Telegraaf“ meldet aus London: Die polnischen Parlamentäre haben gestern abend die russischen Linien passiert.

Waffenflucht aus Polen.

Berlin, 10. Aug. Die Massenflucht aus Polen dauert, wie verschiedenen Morgenblättern aus Danzig berichtet wird, an. Bisher sind über 10 000 Personen in Danzig eingetroffen. Inzwischen wird ein allgemeiner Angriff auf Warschau von der russischen Nordarmee vorbereitet.

Die Absichten der russischen Regierung.

Amsterdam, 10. Aug. Der Londoner Korrespondent des „Manchester Guardian“ erzählt, wenn Polen bei den Verhandlungen in Minsk den Vorbedingungen nicht im Voraus zustimme, so würden die Waffenstillstandsbedingungen sehr streng sein. Wenn dagegen Polen den Vorbedingungen sich unterwerfe, so würden die Waffenstillstandsbedingungen bedeutend leichter sein. Die hauptsächlichsten Bedingungen, welche Polen vorgelegt würden, seien folgende: Das polnische Heer wird auf Friedensfuß gebracht. Polen darf kein Kriegsmaterial von irgend einer der Ententemächte und irgend welcher Art annehmen. Rußland wird dann sein Versprechen erfüllen, günstigere Grenzen als die durch den Obersten Rat festgesetzten anzuerkennen. Weitere Bedingungen sind nach dem „Manchester Guardian“ freier Handelsverkehr durch Polen und eine Art Amnestie für politische Verbrechen.

Ungarn mobilisiert nicht.

Budapest, 11. Aug. Funkpruch. Gegenüber den Gerüchten von einer Mobilisierung in Ungarn wird von amtlicher Seite erklärt, daß die Mobilisierung nicht angeordnet wurde, und daß auch die Vorbedingungen dazu fehlen würden. Ungarn verfüge heute nicht einmal über das Kriegsmaterial, um den dringendsten Bedarf der durch die Entente genehmigten Armee decken zu können. Die Mobilisierung wäre demnach unmöglich.

Die Schwach mache
die ewige Seele, wo

tschrift aus Ober-
Stredter u. Schrö-
August-Hest (Hess
Kuffäde, denen
ind, erwecken reg-
nt: Friedrich
Nord und Süd.
egel: Spruch;
150. Geburtstag
Ottobauern; Rud.
Keller: Gibt
August Ernst;
erung; Prof. Dr.
Basserramset; zwei
mann Losch;
ent Dr. von A h-
und Betrachtun-
ästhetische Rebe-
ter: Ueber H-
Martin Bollmer,
und Anna Kapp-
wird der Leser

auchle, Calw.
Druckerei, Calw.

geb. Beutel.

Waren
der Woche
sieht es sich
nügen.

an die freigeber-
etwa dem Allgem.
nen Verkehrsunter-
schäft freier An-
nde statt. Weitere

sch. Gewerkschb.

Calw.

ng

auf.

Der Vorstand.

u. Umgegend

glieder

st.

nen bis spätestens
Berkaufstellen ge-
st bestimmt abzu-

Der Vorstand.

ute!

Zimmer-

en

hingen,

Telefon Nr. 5.

ine

achbohnen

preis der Lieferung

Bestellungen an

Philipp Mack,
Handelsgärtner.

E

19.—, 20.—

A. Meudle,
am Markt.

Die Kriegslage.

Königsberg, 11. Aug. Ueber die Lage auf dem russisch-polnischen Kriegsschauplatz wird von hiesiger unterrichteter Seite mitgeteilt, daß gestern Abend noch polnische Posten an der Strecke Reidenburg-Mlawka standen und daß Mlawka anscheinend noch von den Polen besetzt ist. Eine Verührung des Soldauer Zipfels hat bisher nicht stattgefunden.

Friedensabkommen zwischen Lettland und Rußland.

(W.B.) Kopenhagen, 11. Aug. Das lettisch-russische Friedensabkommen bestimmt u. a., daß die von beiden Parteien beabsichtigte Volksabstimmung im Gebiete von Drissa und von Düna nicht stattfinden soll. Dagegen soll eine Teilung der strittigen Zone nach gegenseitigem Uebereinkommen vorgenommen werden. Lettland erhält in Rußland Waldkationen. Es wird weiter bestimmt, daß die Lettland gehörigen Besitztümer (Maschinen, Eisenbahnmaterial und Wertpapiere), die im Jahre 1915 und später nach Rußland gebracht wurden, an Lettland zurückgegeben werden sollen. Sowjetrußland ist jedoch berechtigt, den Gegenwert in Gold zu leisten. In spätestens zwei Monaten nach der Ratifikation des Friedens wird Rußland an Lettland einen Vorschuß von 4 Millionen Rubel in Gold zahlen.

Anfreundliche Betrachtungen.

Berlin, 10. Aug. Von zuständiger Stelle erfahren wir: In der französischen Presse ist die von Graf Oberndorff kürzlich in Warschau überreichte Note wegen Behandlung der deutschen Minderheiten in den an Polen abgetretenen vormals preußischen Landesteilen zum Gegenstand höchst unfreundlicher Betrachtungen gemacht worden. Es wurde von der französischen Presse so dargestellt, als sei deutscherseits beabsichtigt, sich unter Ausnützung der Notlage Polens für alle Fälle einen Kriegsgrund zu verschaffen. Dem gegenüber braucht nur darauf hingewiesen zu werden, daß die Note polnischerseits nicht als Ausdruck unfreundlicher Gesinnungen angesehen worden ist. Im Gegenteil hat das polnische Ministerium des Äußern unsere Vorstellungen durchaus sachlich aufgenommen. Dem Grafen Oberndorff wurde bei Uebergabe der Note versichert, die polnische Regierung werde alle Maßregeln treffen, um ein friedliches Zusammenleben beider Nationalitäten zu sichern.

Zur neuen Blockade.

Berlin, 10. Aug. Zu der Meldung, daß seitens der Alliierten nötigenfalls auch Deutschland zur Mitarbeit an der Blockade aufgefordert werden würde, heißt es im „Berliner Tagebl.“: Deutschland hat seine Neutralität erklärt und die Teilnahme an einer Blockade wäre ein Verstoß gegen das Neutralitätsprinzip, der sicherlich nicht begangen werden wird.

Die „Kreuzzeitg.“ sagt: Für derartige Pläne, deren Last zu Lande von den Ententemächten allein Frankreich zufiele, ist die Zeit vorbei. Die Blockade zur See ist wirkungslos, da die Handelsbeziehungen ja überhaupt noch nicht in Gang gekommen sind. Uebrigens meint das Blatt, bei Verständigung breite sich offenbar die Ansicht Bahn, daß man die wirren Verhältnisse in Osteuropa gar nicht ohne Deutschland ordnen könne.

Falsches Gerücht.

Paris, 11. Aug. (Havas.) Die deutsche Friedensdelegation in Paris veröffentlicht folgende Note: Es ist falsch, daß sich die Delegation, die mit der Friedenskonferenz in Beziehung stand, aufgelöst hat. Allerdings ist ihr Chef, Göppert, nach Berlin zurückgekehrt, wo für ihn ein Posten im Ministerium des Auswärtigen offen stand. Sein Nachfolger wird aber demnächst ernannt werden. Die Funktionen besorgt interimistisch der deutsche Botschaftsrat v. Wedel in Paris.

Ausland.

Die Lage im Saargebiet.

Frankfurt a. M., 11. Aug. Ueber die Lage im Saargebiet erzählt die „Frf. Ztg.“ folgendes: Es ist noch keine Entspannung der Lage zu erkennen. Diese scheint sich vielmehr durch die drakonischen Maßnahmen der Regierungskommission noch erheblich zu verschärfen. Heute erwartet man den Generallist, nachdem die Vergleite beschlossen haben, in den Streik zu treten. Die Besatzungstruppen sind seit Montag andauernd durch Truppen aus Lothringen verstärkt worden, die mit Tanks, Minenwerfern, Panzerwagen, Geschützen und zahlreichen Maschinengewehren von Forbach nach Saargemünd einrücken. Sämtliche Ortschaften sind verbarrikadiert und mit starken Militärposten besetzt. Die Patrouillen sind wesentlich verschärft. Sämtliche Paßkontrollen sind mit Listen derjenigen Personen versehen, gegen die Verhaftungsbefehle vorliegen. Die Wälder werden durch berittene Patrouillen abgestreift. Wer sich nicht einwandfrei ausweisen kann, wird festgenommen. Zureisbewilligungen für das Saargebiet werden zurzeit nicht erteilt. Fortgesetzt werden Hausdurchsuchungen vorgenommen. Die deutsche Presse des Saargebietes ist mundtot gemacht, indem ihre Hauptorgane auf die Dauer von vier Wochen verboten worden sind. Der größte Teil der Redakteure wurde verhaftet, soweit sie sich nicht rechtzeitig aufs rechte Rheinufer in Sicherheit bringen konnten. Die Bevölkerung leidet unter einem unerträglichen seelischen Druke. Sie hofft in stiller Resignation auf den Völkerverbund, der gegen das rücksichtslose, bestimmungswidrige und eigenmächtige Vorgehen der Franzosen einschreiten soll und der die jetzige Regierungskommission durch eine wirklich neutrale ersetzen soll, da nicht mehr zweifelhaft sein kann, daß die Kommission in ihrer jetzigen Zusammensetzung nur französische Annexionspolitik betreibt.

Berlin, 11. Aug. Wie der „B. L. M.“ aus Saarbrücken meldet, haben der Bürgererrat der Stadt Saarbrücken, die Beamten und Arbeiterschaft, sowie fast sämtliche Gemeinden des

Saargebietes bei der Regierungskommission härtesten Protest gegen die Vergewaltigung des Saarlandes und der Saarbevölkerung erhoben.

Berlin, 10. Aug. Wie der „Berliner Lokalanz.“ aus Saarbrücken meldet, haben der Bürgererrat der Stadt Saarbrücken, die Beamten und Arbeiterschaft, sowie fast sämtliche Gemeinden des Saargebietes bei der Regierungskommission härtesten Protest gegen die Vergewaltigung des Saarlandes und der Saarbevölkerung erhoben.

Französisch-belgisches Militärabkommen.

Brüssel, 11. Aug. Wie die Zeitungen schreiben, trägt das Verstehen von den militärischen Führern der beiden Länder unterzeichnete französisch-belgisches Militärabkommen den Charakter eines Verteidigungsabkommens gegen ungerechtfertigte deutsche Angriffe. Die Frage der Reorganisation der militärischen Streitkräfte der beiden Länder wurde bei den Verhandlungen nicht berührt. Diese Frage wird durch Frankreich und Belgien im beiderseitigen Interesse geregelt werden.

Irland.

Amsterdam, 11. Aug. Ungefähr 100 Sinnfeiner, die in den letzten Wochen ins Gefängnis zu Belfast gebracht worden waren, sind in den Hungerstreik eingetreten.

Erkrankung des Großwesirs.

Konstantinopel, 11. Aug. (Havas.) Der Großwesir ist erkrankt, worüber man in offiziellen Kreisen sehr beunruhigt ist, da sich die ganze Tätigkeit der Regierung gegenwärtig auf den Großwesir konzentriert, der außer dem Großwesir auch die Geschäfte des Ministeriums des Äußern und des Krieges führt.

Entschädigungsansprüche von Norwegen.

Christiania, 11. Aug. Die norwegische Gesandtschaft in Berlin hat neuerdings dem deutschen Minister des Auswärtigen eine Note über die Entschädigungsforderung infolge der Seetrüfführung zugestellt, in der Mitteilung über die durch königl. Entschädigung vom 23. April 1920 eingesetzte Kommission zur Prüfung der Entschädigungsforderungen gemacht wird, die die norwegische Regierung in naher Zukunft vorbringen zu können glaubt.

Persische Willkür.

Berlin, 11. Aug. Der deutsche Arzt Dr. Schütz, der nach dem Tode des Konsuls Wustrau das Konsulat Tābris übernommen hatte, faßte den Entschluß, die noch im Konsulat befindlichen Waffen zu vernichten, um die Sabotage gewisser Bevölkerungsschichten nicht zu reizen. Er hatte diesen Entschluß bereits zum Teil ausgeführt, als der Perser Parulfar und der Führer der Demokraten in das Konsulat eindringen, ohne dessen Exterritorialität zu achten. Mehrere persische Offiziere überwältigten Dr. Schütz, hielten ihn 12 Stunden gefangen und raubten alle Waffen. Die persische Regierung sucht die Angelegenheit so darzustellen, als ob es sich um eine von der Polizei ausgeführte Maßnahme handle, um die gefährliche Vernichtung der Munition durch Dr. Schütz zu verhindern. Die deutsche Regierung hat ihren Geschäftsträger in Teheran telegraphisch angewiesen, der persischen Regierung ihre Enttäuschung über diesen neuen Zwischenfall auszusprechen und sich bis zum Vorliegen der Berichte alles Weitere vorzubehalten.

Deutschland.

Ministerzusammenkünfte?

Berlin, 10. Aug. Mit Vorbehalt wird verschiedentlich davon Notiz genommen, daß neuerdings wieder verlautet, daß der Reichsminister des Äußern während seines Urlaubs in der Schweiz mit Lloyd George und dem italienischen Außenminister zusammentreffen dürfte.

Lagung des Reichswirtschaftsrats.

Berlin, 10. Aug. Gestern trat der soziale und der wirtschaftliche Unterausschuß des vorläufigen Reichswirtschaftsrats in Berlin zusammen, um den Bericht über den Antrag Wiffel betreffend Förderung der produktiven Erwerbslosenfürsorge entgegenzunehmen und in dessen Beratung einzutreten. Wiffel wies auf die Unterschätzung der Krise wegen unzulänglicher Statistik über den Arbeitsmarkt hin. Als wesentliches der Krise bezeichnete er nicht den Käuferstreik oder die Unternehmerlabotage, sondern die Uebertreibung der Rohstoffe. Staatssekretär Hirsch führte aus, daß die Krise eine internationale Erscheinung sei. Er werde nicht mehr und nicht weniger vorschlagen, als eine großzügige Umgruppierung der Arbeitsmittel und Arbeitskräfte. In der Frage des Preisabbaues äußerte er sich im allgemeinen zustimmend. Er warnte aber vor dem Preisabbau durch den Staatsanwalt. Die Gewährung von Betriebskapitalien sei sehr schwierig. Er schloß mit der Betonung der Notwendigkeit, eine der Wirtschaftslage Deutschland entsprechende Wirtschaftsverfassung zu schaffen. Dazu könnten die kommenden Bezirkswirtschaftsräte Mittel und Wege weisen.

Haferpreis.

Berlin, 10. Aug. Wie die „Deutsche Allg. Ztg.“ mitteilt, ist seitens des Reichsministeriums für Ernährung und Landwirtschaft nunmehr der Uebernahmepreis für den Hafer alter Ernte auf 200 Mark festgesetzt worden. Eine Bekanntmachung im „Reichsanzeiger“ bestimmt für die Uebergangszeit, daß alter Hafer von Händlern aus ihren Vorräten bis zum 25. August 1920 verkauft und bis zum 2. September 1920 geliefert werden darf. Unternehmer gewerblicher Betriebe dürfen Hafer früherer Ernten bis zum 15. Oktober 1920 in ihren Betrieben mit Zustimmung der Reichsgetreidestelle zu Hafererzeugnissen verarbeiten und die daraus hergestellten Erzeugnisse absetzen.

Berlin, 10. Aug. Die Bekanntmachung betreffend Uebergangsbestimmungen für Hafer früherer Ernten besagt u. a.: Wer mit dem Beginn des 16. August 1920 Hafer früherer Ernten allein oder mit anderen Nahrungs- und Futtermitteln gemischt in Gewahrsam hat, ist verpflichtet, ihn dem Kommunalverband des Lagerungsortes bis zum 20. August 1920, beschränkt

nach Eigentümern, anzuzeigen. Trotz der am 16. August 1920 eintretenden Beschlagnahme darf Hafer früherer Ernten von Tierhaltern an ihr Vieh verfüttert, von Unternehmern landwirtschaftlicher Betriebe zur Verwendung im eigenen Betrieb verarbeitet und von Händlern aus ihren Vorräten bis zum 20. August 1920 verkauft und bis zum 2. September 1920 geliefert werden.

Verlängerung der Steuererklärungszeit.

(W.B.) Berlin, 11. Aug. Das Reichsfinanzministerium hat mit Erlaß vom 11. August die Frist zur Abgabe der Steuererklärungen zum Reichsobersteuergesetz bis zum 30. September verlängert. Maßgebend hierfür waren Schwierigkeiten in der rechtzeitigen Versorgung der Finanzämter mit den erforderlichen Formularen, ferner Schwierigkeiten, die sich zum Teil aus der noch nicht abgeschlossenen Neuorganisation der Finanzämter ergaben, weiterhin die Rücksicht darauf, daß die in Aussicht gestellten Grundlinien über die Bewertung des Vermögens erst in den nächsten Tagen den Finanzämtern zugehen können und endlich, die Rücksicht auf die Landwirtschaft in einigen Teilen des Reiches, die infolge der ungünstigen Witterung zu einer Zusammendrängung der Erntearbeiten gezwungen und voll in Anspruch genommen ist.

Grubenunglück.

Berlin, 10. Aug. Der „Berliner Lokalanz.“ meldet aus Dortmund, daß die Bergungsarbeiten auf der Zeche Kaiserstuhl 2 beendet sind. Bis gestern Mittag war es gelungen, sämtliche Leichen der verunglückten Bergknappen zu bergen. Das Grubenunglück hat 37 Opfer gefordert und zwar 30 Tote und 7 Verletzte.

Kleine Nachrichten.

Berlin, 10. Aug. Das Kabinett hat sich heute mit der Rückwirkung des Amnestiegesetzes auf die Disziplinarverfahren befaßt. Dabei kam man zu dem Ergebnis, daß das Amnestiegesetz nicht auf die Disziplinarverfahren, sondern nur auf die Strafverfahren Anwendung finden solle. Andererseits war das Kabinett darüber einig, daß es dem Geist und dem Ziel des Amnestiegesetzes entspricht, eine möglichst weitgehende Verhütung aller beteiligten Kreise herbeizuführen. Das Kabinett hat daher beschlossen, daß die Untersuchungsakten sofort ihre Tätigkeit einstellen, neue Disziplinarverfahren auf Grund neuer Anzeigen nicht mehr eingeleitet und die schwebenden Verfahren mit möglichster Beschleunigung zu Ende geführt werden sollen.

Berlin, 11. Aug. Wie von zuständiger Stelle mitgeteilt wird, ist der deutschen Regierung eine Einladung zu der Genfer Konferenz bisher nicht zugegangen. Auch über den Termin ist nichts bekannt.

Berlin, 11. Aug. Der deutsche Botschafter Dr. Solf ist in Tokio eingetroffen und hat die Geschäfte der Botschaft übernommen.

Berlin, 11. Aug. Dem „Vorwärts“ wird aus Haffel berichtet, daß Scheidemann in einer Mitgliederversammlung der Sozialdemokratie über den Kongreß der 2. Internationale in Genf gesprochen habe. Er hob dabei hervor, daß in der Entscheidung über die russisch-polnische Frage strenge Neutralität gefordert wird, und daß die Bergarbeiterkonferenz für den Fall eines neuen Krieges den Streik der Kohlenbergarbeiter angeordnet habe. Das seien ehre Tatsachen, die von der Macht der 2. Internationale zeugen. Die 2. Internationale habe dem Volschweizismus eine präzise Absage erteilt.

Nach der „Voss. Ztg.“ findet am 12. August in Genf eine Konferenz der protestantischen, orthodoxen, griechischen und anglikanischen Kirchen statt, um gewisse Fragen der Glaubenslehre und der Organisation wenn möglich ehter Vereinigung zuzuführen. Der Konferenz geht eine Zusammenkunft der lutheranischen Kirche Standinabiens sowie der protestantischen und der schweizerischen reformierten Kirche voran.

Die Blätter melden, daß infolge der Ergebnisse der Bergarbeiterkonferenz in Genf die Arbeitsfreudigkeit im Ruhrgebiet wachse. Ueber die von verschiedenen Seiten gemeldeten Truppenansammlungen im besetzten Gebiete, aus denen Durchmarschabsichten der Entente geschlossen werden könnten, ist an amtlicher Stelle nichts bekannt. Auch zeigen die vorliegenden Nachrichten, daß derartige Tatsachen nicht stattgefunden haben.

Altenstein, 10. Aug. Zu einem bedauerlichen Zwischenfall kam es heute Nachmittag, als mehrere betrunkene italienische Soldaten durch die Stadt zogen und von Beamten der Sicherheitspolizei zur Ruhe aufgefordert wurden. Im Verlauf des Wortwechsels brachte ein italienischer Soldat einem Sicherheitsbeamten durch zwei Dolmetscher in den Hals schwere Verletzungen bei. Die aufgebrachte Menge ergriff gegen die Italiener Partei und es entwickelte sich eine Schlägerei. Der Messerstecher wurde von einem hinzukommenden italienischen Offizier festgenommen und in Gewahrsam gebracht.

Rom, 10. Aug. (Kammer. — Stefani.) Die endgültigen Bestimmungen für die neuen Provinzen sollen erst festgesetzt werden, nachdem die parlamentarischen Vertreter dieser Provinzen gewählt sind. Die Kammer verwarf jedoch einen Antrag Turatis. Auch wurde ein Antrag bezüglich lokaler Volksabstimmungen abgelehnt. Hierauf genehmigte das Haus in geheimer Abstimmung die Regierungsvorlage mit 170 gegen 48 Stimmen. Die Sozialisten verlangten die Vertagung der Kammer auf den 1. Oktober, während Giolitti eine Vertagung bis zum Monat November vorschlug. Die Sitzung wurde kurz nach 11 Uhr vormittags aufgehoben, nachdem sich die Kammer gemäß dem Vorschlag Giolittis bis in den Monat November vertagt hatte.

Madonivostok, 10. Aug. (Reuter.) Nach hier eingetroffenen Nachrichten ist die Stadt Schotsk niedergebrannt worden. Die japanischen Einwohner der Stadt sind ermordet worden.

16. August 1920
herer Ernten von
rnehmern landwirt-
gen Betrieb ver-
räten bis zum 20.
September 1920 gelie-

irungszeit.
anzministerium hat
ggabe der Steuer-
September ver-
fertigkeiten in der
mit den erforder-
sich zum Teil aus
der Finanzämter
h die in Aussicht
es Vermögen erst
gehen können und
in einigen Teilen
itierung zu einer
ungen und voll in

lang." meldet aus
Jede Kaiserstuhl 2
gelungen, sämtliche
gen. Das Gruben-
ote und 7 Becekte.

n.
ich heute mit der
isziplinerverfahren
daß das Amnestie-
bern nur auf die
dererwärts war das
und dem Ziel des
eitgehende Verubi-
Das Kabinett hat
schüsse sofort ihre
auf Grund neuer
ebenden Verfahren
cht werden sollen.

er Dr. Solf ist in
er Votchaft über-
rd aus Haffel be-
verversammlung der
Internationale in
daß in der Ent-
trente Neutralität
renz für den Fall
garbeiter angefragt
der Macht der 2.
le habe dem Vol-

August in Genf eine
griechischen und
en der Glaubens-
einer Vereinigung
sammentkunft der
er protestantischen
ortan.

gebnisse der Berg-
heit im Ruhrgebiet
gemeldeten Trup-
enen Durchmarsch-
nten, ist an amt-
vorkliegenden Nach-
nden haben.

ichen Zwischenfall
unkene italienische
anten der Sicher-
Im Verlauf des
einem Sicherheits-
schwere Verletzungen
gen die Italiener
Der Messerstecher
hen Offizier fest-

Die endgültigen
erst festgesetzt wer-
dieser Provinzen
un einen Antrag
lokaler Volksab-
das Haus in ge-
mit 170 gegen 48
e Vertagung der
kt eine Vertagung
igung wurde kurz
sich die Kammer
Monat November

hier eingetroffe-
gebrannt worden.
ermordet worden.

Vermischtes.

Schenkung von Kriegervereinsfahnen an einen französischen Kommandanten.

Im ganzen Saargebiet hat diese Angelegenheit größte Entrüstung unter der Bevölkerung hervorgerufen. Die „Frankf. Ztg.“ schreibt hierzu unter der Überschrift „Ohne Schamgefühl und Ehre“ Folgendes:

Die Kriegervereinsfahnen der Kriegervereine von Saarlouis und Lisdorf, die dem hiesigen Landratsamt zur Aufbewahrung übergeben waren, sind von dem derzeitigen kommissarischen Bürgermeister von Lisdorf, Ruff, als Kreisdeputierter des Kreises Saarlouis, dem französischen Kommandanten de Job geschenkt worden. Ein amtliches Dokument besagt: „Das Landratsamt beschließt hiermit dem Herrn Kommandanten de Job, daß er die Fahnen des Kriegervereins von Saarlouis und Lisdorf als Andenken besitzt.“

Saarlouis, den 6. März 1920. (Siegel.)

Der Landrat. J. A. Ruff, Kreisdeputierter.“

Wir haben leider keinen Grund, an der Richtigkeit dieser Nachricht zu zweifeln. Man ist ja mancherlei gewöhnt, daß aber ein deutsches Landratsamt sich nicht scheut, dem französischen Diktator ehrwürdige deutsche Fahnen zum Geschenk zu machen und darüber ein amtliches Dokument ausstellt, ist von unerhörter Schamlosigkeit. Der Name des Kreisdeputierten Ruff, des kommissarischen Bürgermeisters von Lisdorf, gehört vor aller Welt an den Pranger. Vor aller Welt: denn jedes Volk, jede Nation, und mag sie noch so unkultiviert sein, weiß, daß die größte Schande die Besetzung einer Fahne ist — hier aber versteigt man sich sogar dazu, Fahnen dem Feinde „als Andenken“ zu schenken! Es wäre richtig gewesen, wenn Herr de Job den famosen Kreisdeputierten mit einem Fußtritt an die Luft befördert hätte; so ritterlich hätte wenigstens ein deutscher Offizier gehandelt! Wer gibt dem betr. Ruff überhaupt die Erlaubnis, über fremdes Eigentum zu verfügen? Die Fahnen sind, auch nach ihrer Beschlagsnahme, immer noch Privateigentum der Kriegervereine von Saarlouis und Lisdorf. Ganz abgesehen von allem andern, muß also der Kreisdeputierte persönlich dafür haftbar gemacht werden. Wie wir erfahren, ist der Preussische Landes-Kriegerverband auch bereits in dieser Hinsicht bei dem Reichskommissar für das besetzte Rheinland vorstellig geworden.

Aus Stadt und Land.

Calw, den 12. August 1920.

Sammlungsergebnis.

ep. Die Sammlung für die evang. Anstalten nimmt liberaler einen erfreulichen Fortgang. In der Stadt Cannstatt z. B. sind bis jetzt 35 232 Mark gegeben worden, in Untertürkheim 9 955 Mark, in Stadt und Bezirk Calw 23 832 Mark, Walsingen 35 526 Mark (darunter von 7 Landwirten im Ort je 100 Mark), in den Städten Geislingen und Albstadt zusammen 13 842 Mark (darunter 1500 Mark von der württ. Metallwarenfabrik).

Viehhandelszuschläge.

Laut Verfügung der Fleischversorgungsstelle werden die bei der Weiterveräußerung von Schlachtvieh durch den Handel zulässigen Zuschläge zum Aufkaufspreis auf 4 Proz. des Kaufpreises bei Großvieh und 4½ Proz. bei Kleinvieh (Kälber, Schweine, Schafe) festgesetzt. Außerdem dürfen die tatsächlich entstandenen Frachtkosten bis zum Höchstbetrag von 25 Mark für ein Stück Großvieh, 9 Mark für ein Kalb, 11 Mark für ein Schwein und 6 Mark für ein Schaf berechnet werden. Als Kaufpreis gilt die tatsächlich dem Viehhalter bezahlte, im Schlachtschein eingetragene Summe. Der Kaufpreis kann auch in der Weise berechnet werden, daß das am Stuttgarter Vieh- und Schlachthof ermittelte Lebendgewicht zu Grunde gelegt und für den Gewichtsverlust auf dem Transport ein Zuschlag von 8 Proz. bei Großvieh und 10 Proz. bei Kleinvieh gewährt wird. Beim Verkauf in anderen Zuschußkommunalverbänden darf dieser Viehwirtschaftszuschlag nur 6 Proz. bei Großvieh und 8 Proz. bei Kleinvieh betragen.

Preisabbau des Nähgarns schon in Kraft.

Der neugegründete Verband deutscher Baumwoll-Nähfabrikanten G. m. b. H. (Berlin) hat nicht mit Wirkung vom 17., sondern bereits vom 2. August ab eine allgemeine Herabsetzung der Nähgarnpreise und Erleichterung in den Zahlungs- und

Lieferungsbedingungen beschlossen. — Es ist also nicht notwendig, mit dem Einkauf von Nähgarn auf die Preisermäßigung zu warten. Sie ist bereits seit dem 2. August in Kraft. Rücktritt der württembergischen Verkehrsbeamten in den Landesdienst.

In voller Ruhe, ohne jede Störung des Dienstbetriebs und deshalb vom Publikum unbemerkt, hat am 3. August fast die gesamte frühere württ. Verkehrsbeamtenchaft von dem ihr nach den Staatsverträgen über den Uebergang der Verkehrsanstalten an das Reich zugestandenen Recht des Rücktritts in den Landesdienst Gebrauch gemacht. Schon die Tatsachen, daß der Rücktritt am lezt zulässigen Termin (drei Monate nach Verkündung des Reichsbefolgungsgesetzes) vollzogen und daß die Rücktrittserklärungen unterschrieben von jedem einzelnen Beamten abgegeben worden sind, zeigen, daß die Beamtenchaft sich der Tragweite der Handlung bewußt war und nicht leichtfertig und unüberlegt gehandelt hat. Es würde zu weit führen, all die vielen Schritte, die zahlreichen Verhandlungen zwischen den Beamtenvertretern und den Reichsbehörden zu schildern, die der Rücktrittserklärung vorangegangen sind und die sich über einen Zeitraum von fast 9 Monaten erstreckten. Es muß aber rückblickend festgestellt werden, daß das Mögliche zur Vermeidung dieses letzten Schrittes seitens der Beamtenchaft versucht worden ist und daß es einzig und allein das rückfällige, um nicht zu sagen provokatorische Verhalten des Reichsfinanzministeriums und in diesem wieder des Ministerialdirektors Raeder war, das zum Ergreifen des lezten legalen Mittels zwang. Es muß ausdrücklich festgestellt werden: 1. daß politische Momente, wie sie ab und zu den Verkehrsbeamten zu unterstehen versucht werden, nicht in Betracht kommen. Die Verkehrsbeamten sind politisch in allen Lagern vertreten und ebenso gute Deutsche, wie die Angehörigen irgend eines anderen Standes; 2. daß die wirtschaftlichen Forderungen der Verkehrsbeamten, bei der Einführung in die Reichsbefolgungsordnung, wenn schon ein Ausgleich für ihre Ausnahmestellung unter der übrigen Beamtenchaft anerkannt werden sollte, doch wenigstens nicht schlechter als diese behandelt zu werden, durchaus maßvoll und erfüllbar sind, denn das hat am 2. August sowohl der Haushaltsausschuß des Reichstags als auch der Reichsfinanzminister durch die an diesem Tage angenommene Resolution bestätigt; 3. daß nach Lage des Falles den württ. Verkehrsbeamten kein anderer Weg übrig blieb als die Rücktrittserklärung, nachdem die langwierigen und für die Organisation kostspieligen Verhandlungen, nicht durch die Schuld der Verkehrsbeamten, ohne Erfolg geblieben sind, die Unsicherheit über die Bezüge fortbauerte und der Rücktrittstermin abzulaufen begann, ohne daß eine Entscheidung gefallen war.

An das Ernährungsministerium.

Ev. P. Stuttgart, 11. Aug. Der Württ. Landesverband des Deutschen Vereins gegen den Mißbrauch geistiger Getränke hat an das württ. Ernährungsministerium eine Eingabe gerichtet, in der dieses gebeten wird, bei den zuständigen Reichsstellen dahin zu wirken, daß unter keinen Umständen dem Braugewerbe aus der Ernte 1920 die geforderten Getreidemengen, die gegenüber der bisherigen Versorgung bedeutend erhöht werden sollen, zur Verfügung gestellt werden; daß vor allem auch nicht die Zuteilung an die Brauereien vor der an lebenswichtigere Betriebe (Brotverjorgung, Nahrungsmittel, Kaffeeerzindustrie) erfolgen dürfe. Die Gründe für diese Bitte liegen ja bei dem furchtbaren Ernst unserer Ernährungsorgen und unserer ganzen wirtschaftlichen Lage auf der Hand. Es sollte gar nicht nötig sein, sich gerade in diesem Augenblick gegen die Forderung einer Erhöhung des Braugerstenkontingents wehren zu müssen. Es ist aber leider sehr nötig, und es seien aus der eingehenden Begründung der Eingabe nur wenige Punkte hervorgehoben. Vor allem sollte nicht vergessen werden, wie günstig der Rückgang der Alkohol-erzeugung während des Krieges gewirkt hat, indem die dem Alkohol hauptsächlich zur Last fallenden Krankheiten eine sehr starke Abnahme zeigten. Hauptsächlich die Irrenanstalten und Trinkerheilstätten dürften das spüren. Prof. Dr. Abel, der Direktor des Hygienischen Instituts in Jena, hat während des Krieges in einem Gutachten erklärt: „Für die Zivilbevölkerung ist Bier ein Luxus. Jede Herstellung von Malz zur Bierbereitung ist eine Verschwendung von unerlässlichen Nährwerten. Trotz des zu erwartenden heftigen Protests wird

tatsächlich keine Einschränkung in der Lebensweise so leicht zu ertragen sein, wie der Verzicht auf Bier.“ Dies gilt doch gewiß jetzt nicht weniger, sondern eher noch mehr als im Krieg. Trotz der Einschränkungen, die man im Krieg ihnen auferlegt hat, stehen tatsächlich die Brauereien (jedenfalls die größeren) bis zum heutigen Tage recht gut, wie ihre durchaus nicht sinkenden Dividenden beweisen. Und wenn eine Umstellung von Brauereibetrieben auf andere Gewerbe ins Auge gefaßt werden müßte, so wäre das vom volkswirtschaftlichen Standpunkt nur zu begrüßen. Es ist nachgewiesen, daß das Braugewerbe im Verhältnis zum Anlagkapital und Reingewinn weit weniger Menschen beschäftigt und weit weniger für Arbeitsplätze ausgiebt als die meisten anderen Industrien. Es ist ferner nachgewiesen, daß der Brauereibetrieb einer der gefährlichsten ist; seine Verlustziffern übersteigen selbst die des Bergbaus; und die Versicherungsgesellschaften wissen, daß im Alkoholgewerbe die durchschnittliche Lebensdauer die niedrigste ist. Bedenkt man endlich noch, welche gewaltige Kohlenmengen das Braugewerbe in Anspruch nimmt, so wird man zu der Einsicht kommen, daß wir jedenfalls die beabsichtigte „Hebung“ der Brauindustrie volkswirtschaftlich nicht verantworten können, und daß die Regierung einen sehr schweren Fehler begeht, wenn sie solchen Forderungen nachgibt.

Hundemarkt.

(S.B.) Stuttgart, 10. Aug. Der am lezten Montag im Schlachtviehhof abgehaltene zweite öffentliche Hundemarkt war mit 213 Hunden — 152 großen und 61 kleinen Hunden — aus allen Teilen des Landes besetzt. Bei hohen Preisen war anfangs die Kauflust gedrückt. Für große Hunde wurden Preise von 600—2500 Mark, für kleine und junge Hunde von 25—270 Mark verlangt und auch bezahlt. Junge Hunde gingen rasch an Käufer. Besonders verlangt sind Gebrauchshunde, wie Rattenfänger, ebenso Schutz-, Wach- und Begleitthunde, wie deutsche Schäferhunde und Rottweiler und deren Kreuzungen. Fremden Käufern ist Gelegenheit zum Ankauf gegeben.

(S.B.) Mähringen, D.-A. Horb, 10. Aug. Zu der Nachricht von der einwandfreien Feststellung der geistigen Erkrankung des verstorbenen Freiherrn v. Münch erfährt der „Schwarzw. Bot.“ von zuständiger Seite: Eine Sektion des Gehirns ist noch gar nicht erfolgt, sondern das letztere zur Untersuchung an das pathologisch-anatomische Institut Heidelberg weiter gegeben worden. Erst nachdem diese zu Ende geführt, wird der Streit, der so viele Jahre lang die schwäbische Öffentlichkeit beschäftigte, ob v. Münch zurechnungsfähig oder geistig gestört war, seine endgültige Entscheidung finden. Im übrigen sei noch festgestellt, daß von vier Sachverständigen-Gutachten, die erst in den lezten Monaten wieder mit dem Gesetzeszustand v. Münchs sich beschäftigten, drei davon sich dahin aussprachen, daß der Verstorbene geschäftsfähig gewesen sei.

(S.B.) Pfalzgrafenweiler, D.-A. Freudenstadt, 10. Aug. Der Landwirt und Küfer Christian Maulbetsch fiel beim Laden eines Karbenwagens, weil beim Spannen der Wiesbaum brach, so unglücklich vom Wagen, daß er sofort tot war. Allgemein ist die Teilnahme bei dem Unglück der schwäbische Desfentlichteit beschäftigt, ob v. Münch zurechnungsfähig oder geistig gestört war, seine endgültige Entscheidung finden. Im übrigen sei noch festgestellt, daß von vier Sachverständigen-Gutachten, die erst in den lezten Monaten wieder mit dem Gesetzeszustand v. Münchs sich beschäftigten, drei davon sich dahin aussprachen, daß der Verstorbene geschäftsfähig gewesen sei.

(S.B.) Kirchheim u. T., 10. Aug. Ein unerhörter Preis wurde in Jellingen bei der Versteigerung des dortigen Gemeindefestes erzielt. Der zu 317 Zentner geschätzte Ertrag brachte einen Erlös von 19 885 Mark, also im Durchschnitt 62,74 Mark pro Zentner! Das ist der höchste Erlös, den die Gemeinde je erzielt hat. Im vorigen Jahr wurden für 1060 Zentner 18 412 Mark vereinnahmt oder 17,65 Mark pro Zentner im Durchschnitt. Daß solche Preise für die diesjährige allgemeine Preisliste des Obstes kein Norm bilden werden, darf als selbstverständlich angenommen werden.

(S.B.) Tettnang, 10. Aug. Die Hopfenpreise bewegen sich in aufsteigender Tendenz. Ende lezter Woche wurden bis zu 2500 Mark bezahlt. Es sollen auch noch höhere Angebote vergeblich gemacht worden sein. Die Analyse des Frühhopfens für unseren Bezirk verzeichnet eine schwache Ernte mit etwa 3 800—4 000 Zentner, gegen 8000 Zentner im vergangenen Jahr. Ebenso bringt der Späthopfen eine sog. Gipfelernte, die um ein Viertel gegen das Vorjahr schätzungsweise zurückbleiben wird.

Für die Schriftl. verantwortlich: J. B.: J. Baechle, Calw. Druck und Verlag der A. Bissliger'schen Buchdruckerei, Calw.

Städtische Lebensmittel-Fürsorge.
Es können gekauft werden auf Lebensmittelmarke Nr. 220 Käse 1 Anteil 200 Gramm, Nr. 221 Kunstbrot 1 Anteil 200 Gramm.
Am Samstag den 14. ds. Mts. vormittags von 8—12 Uhr wird auf dem Rathaus Zimmer Nummer 8 la spanischer Vollreis das Pfd. zu Mk. 5.— abgegeben.

Amtsgericht Calw.
Im Genossenschaftsregister wurde heute zu dem Darlehenskassenverein Liebenzell, e. G. m. u. H. in Liebenzell eingetragen: In der Generalversammlung vom 31. Juli 1920 wurde an Stelle des durch Tod ausgeschiedenen Stadtpfleger Matthäus Weik das Vorstandsmitglied, Privatmann Friedrich Schönlén in Liebenzell zum Vorsteher, und an Stelle des lezteren der Stadtpfleger Richard Weik in Liebenzell zum Vorstandsmitglied und zugleich stellvertretenden Vorsteher bestellt.
Den 9. August 1920.
Landgerichtsrat: Hülber.

Stadtgemeinde Calw.
Bekanntmachung.
Die **Tauben** sind während der Erntezeit bis 25. August ds. Js. **eingesperrt zu halten.**
Der Festschick ist angewiesen, freifliegende Tauben abzuschließen.
Calw, den 11. August 1920.
Stadtschultheißenamt: Göhner.

Schafwollgarne, Herren- u. Damen-Kleider, Stoffe jeder Art, färbt und reinigt waschecht in allen Farben rasch und billig.
Annahme bei:
R. Reisser, Pforzheim, Schlossberg 11.
E. Reisser, Liebenzell, Kirchstr. 182.
1—2 möblierte Zimmer gesucht.
Gefl. Angebote erbeten an **R. Schmidt, Eb.-Oberskr.**
Einen starken **Hofhund** (Wolf) verkauft Wer? jagt die Geschäftsstelle des Blattes.

Allgemeine Ortskrankenkasse für den Amtsbezirk Pforzheim.
Wir geben hiermit bekannt, daß unsere Büros und Schalter für den Verkehr mit dem Publikum geöffnet sind:
Werktags von 9 bis 3 Uhr
(mit Ausnahme des Samstags)
Samstags von 8 bis 1 Uhr.
Pforzheim, den 1. August 1920.
Der Kassenvorstand: **Joseph Perko, Olbrich.**

Liedenzell, den 11. August 1920.

Todes-Anzeige.



Freunden und Bekannten die schmerzliche Nachricht, daß meine liebe Frau, unsere liebe Mutter, Schwiegermutter und Großmutter

Emma Villa

geb. Föll

am 10. August abends 8 Uhr nach langem Leiden zur Ruhe des Volkes Gottes eingehen durfte.

Im Namen der trauernden Hinterbliebenen: der Gatte Karl Villa mit Kindern und Enkelkindern.

Calw, den 8. Aug. 1920.

Todesanzeige!

Allen Verwandten und Bekannten die traurige Nachricht, daß heute Mittag nach langem, schwerem Leiden unser liebes Kind

Paul

im Alter von 3 1/2 Jahren in dem Herrn entschlafen ist.

Um stille Teilnahme bitten die trauernden Hinterbliebenen:

Mag. Schöb, Schaffner

m. Frau u. Kind.

Beerdigung Freitag Nachmittag 3 Uhr.

Erdöl, Kerzen, Zündhölzer

empfehlen R. Hauber.

2 Divan

verkauft J. Sauter, Sattler und Tapezier, Biergasse.

Fahrrad

gut erhalten (Friedensware) verkauft preiswert Georg Bozenhardt, Zwinger 303, Calw.

Schülly's Apfelperle

gibt mit Wasser vermischt, rasch und bequem einen erquickenden Hausstrunk. 1 Liter Extrakt 8.— Mk.

Es werden üblich ein Liter Extrakt mit etwa 19 Liter Wasser vermischt, mithin stellt sich 1 Liter Getränk auf 40 Pfennige.

Alleinverkauf:

Ritterdrogerie Calw.

Wiltberg.



Ein bis jetzt gewerblichen Zwecken dienendes größeres Gebäude

wird mit der Bedingung der Verwendung für Wohnungen dem Verkauf ausgesetzt.

Angebote wollen bis 15. August bei der unterzeichneten Stelle, woselbst auch nähere Auskunft zu erhalten ist, eingereicht werden.

Stadtschultheißenamt: Mutschler.

Zur Ausführung elektr. Licht- und Kraftanlagen, Klingelanlagen, Reparaturen aller Art,

empfehlen sich

Adolf Braun, Biergasse Nr. 128, Installations-Geschäft.

VOLKSSCHRIFTEN-VERLAG CALW.

Das Urteil der Vernunft

von

Otto Seltmann.

Versuch einer gemeinverständlichen Darstellung über Ursprung und gesetzmässige Entwicklung des geistigen und seelischen Lebens.

568 Seiten, geheftet Mk. 28.—, schön gebunden Mk. 35.—.

Aus dem Inhalt: Das geistige und seelische Leben des Tieres :: Die Menschwerdung :: Das menschliche Geistes- und Seelenleben :: Das Rechtsbewusstsein Die Religion :: Die Charakterbildung :: Massenpsychologie und Fortpflanzungstrieb :: Psychologie des Wirtschaftslebens :: Der soziale Gedanke :: Die gesellschaftliche Entwicklung Deutschlands :: Zur Psychologie des Weltkrieges.

Erhältlich in den Buchhandlungen, wo nicht, direkt vom Verlag.

Zirkus-Wander-Schau E. Mende in Calw auf dem Brühl

Heute Donnerstag, den 12. August, abends 1/2 8 Uhr:

Das glänz. Weltstadtprogramm mit neuen Attraktionen

Preise der Plätze ausschl. der staatl. Steuer: Loge 6.50, Stuhlsitz 5.—, 1. Platz 4.50, 2. Platz 3.50, 3. Platz 2.50, Stehplatz 2.— Mk. Billet-Dorverkauf täglich an der Zirkuskasse, sowie in der Buchhandlung Häußler.

Für Brautleute! Wohn- und Schlafzimmer-Einrichtungen

hat preiswert zu verkaufen

Fr. Mischele, Gehingen, mech. Möbelschreinerei, Telefon Nr. 5.

Balzflechter, Fließflechter,

bestes Muschelkalkmaterial günstigste Frachtlage.

Theodor Straub, Schotterwerk, Enzberg, (Württbg.)

A. OELSCHLAGER'SCHE BUCHDRUCKEREI, CALW

Die wirkungsvolle Ausstattung von Reklamedrucksachen bedingt stets deren Erfolg!

Wenn Prospekte, Kataloge, Rundschreiben usw. einen noch so geschickt abgefassten Text aufweisen, so erfüllen sie ihren Zweck doch nur dann erst voll und ganz, wenn der Buchdrucker seinen Teil zur wirkungsvollen Herstellung mit dazu beiträgt

Wirklich zweckentsprechende Drucksachen bei billigen Preisen und sorgfältiger Ausführung liefern wir in denkbar kürzester Frist

Hirsau.

Kommenden Sonntag, den 15. ds. Mts., nachmittags von 4 Uhr an durch die Feuerwehrkapelle Dillweissenstein

Konzert

in den hiesigen Kuranlagen mit japanischem Tagesfeuerwerk.

Eintritt für Erwachsene Mk. 1.—, Kinder unter 14 Jahren 50 Pfg.

Kurverwaltung.

Hochzeits-Einladung.

Wir beehren uns, Verwandte, Freunde und Bekannte zu unserer am Samstag, den 14. August 1920 stattfindenden

Hochzeits-Feier

in das Gasthaus zum „Adler“ in Ottenbronn freundlichst einzuladen.

Wilhelm Dittus, Sohn des Joh. Dittus, Bäcker in Ottenbronn.

Marie Hamann, Tochter des Georg Hamann, in Frankenhach.

Kirchgang 1/2 1 Uhr in Hirsau.

Wir bitten dies statt besonderer Einladung entgegenzunehmen zu wollen.

Spar- u. Consumverein Calw u. Umgegend e. G. m. b. H.

Wir beschaffen heuer für unsere Mitglieder

Most-Obst.

Bestellungen hierauf können bis spätestens Samstag, den 14. August, in unseren Verkaufsstellen gemacht werden. Das bestellte Quantum ist bestimmt abzunehmen, gegen Barzahlung bei Empfang.

Der Vorstand.

Damen-Hüte

werden zum

Umformen

angenommen bei

Emilie Dollinger

vorm. C. Kleinbub.

Röchin-Gesuch.

Für sofort wird tüchtige Röchin bei hohem Lohn gesucht.

Carl Wagner, Gasthof „zum Fäß“, Bad-Teinach.

Ein guterzogenen

Junge

wird in die Lehre angenommen. Bäckerei und Konditorei

Maßenbacher, Stadteil Dillstein, Pforzheim.

Ein braves, fleißiges

Mädchen

welches schon in gutem Hause gedient hat, wird bei guter Bezahlung auf 1. Septbr. gesucht.

Villa Ungerer, Hirsau, Ahlandstraße 132.



Außer Breisgauer Most-anfang biete ich jetzt auch einen

flüssigen Breisgauer

künstl. Hausstrunk-

stoff

an, welcher in der Hauptsache aus reinen Früchsaften besteht und 20-fach zu verdünnen ist. Das fertige Getränk ist sehr schmackhaft, erfrischend und bekömmlich und stellt sich per Liter auf nur 75 Pfg.

Verfand in Flaschen zu 1/2 und 1 Liter, und Korbl. zu 25 Liter.

Eduard Palm, Freiburg i. B.

Walla-Burlin entfernt, bald Miesler, Sommerpr. etc., verleiht dem Antlitz Jugendfrische u. schütz v. frühzeitig. Altern, à 6 Mk. Neue Apotheke, Th. Hartmann.